

Henning Bälz

Der Auskunftsanspruch
gemäß § 131 AktG und
das Informationsbedürfnis
des Aktionärs
als Verbandsmitglied
und Kapitalanleger



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

INHALT

Abkürzungsverzeichnis	XIII
EINLEITUNG.....	1
1. KAPITEL: DIE ANSPRUCHSVORAUSSETZUNGEN	7
 § 1 Angelegenheiten der Gesellschaft	7
I. Merkmal ohne eigenständige Bedeutung?.....	8
II. Stellungnahme	10
 § 2 Die Erforderlichkeit der Auskunft	13
I. Die Erforderlichkeit als anspruchsbegrenzendes Merkmal.....	14
1. Entstehungsgeschichte	14
2. Bezug zu einem konkreten Tagesordnungspunkt	15
3. Die Abgrenzungsschärfe der Erforderlichkeit in der Praxis.....	17
II. Der „objektive Durchschnittsaktionär“	18
III. Die Tagesordnungspunkte einer (ordentlichen) Hauptversammlung.....	21
1. Vorlage des Jahresabschlusses.....	22
a. Aufschlüsselung von Bilanzposten	22
b. Tagesordnungspunkt ohne Beschußfassung.....	23
2. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat	24
a. Auskunft über Geschäftsführungsmaßnahmen	25
b. Beschußfassung ohne rechtliche Bedeutung?	26
3. Verwendung des Bilanzgewinns.....	29
IV. Festlegung einzelfallunabhängiger Auskunftspflichten.....	31
1. Die Rechtsprechung zur Aufdeckung von Minderheitsbeteiligungen	31
2. Gesetzliche Publizitätspflichten als Mindestmaßstab der Auskunftspflicht?	32
3. Auskunftsanspruch trotz vorheriger Veröffentlichung.....	34
4. Formulierung abstrakter Offenlegungspflichten als Aufgabe der Gerichte?.....	36
 § 3 Zwischenergebnis	37

2. KAPITEL: AUSKUNFTSRECHT UND STELLUNG DES AKTIONÄRS IN DER AG	39
§ 4 „Wirtschaftliches Eigentum“ des Mitglieds	39
I. § 131 in der Gesamtkonzeption des AktG 1965	40
II. Die Bedeutung des (bloß) „wirtschaftlichen“ Eigentums	42
III. Stellungnahme	44
§ 5 Der Aktionär als Anleger.....	47
I. Der Kleinaktionär als Fragesteller	48
1. Die Rolle von Vorstand und Aktionär bei Auskunftsverlangen.....	48
2. Unterschiedliche Bedeutung des Fragerechts für Groß- und Kleinaktionäre	49
II. Gleichsetzung von Publikumsaktionär und Kapitalanleger.....	51
III. Die Finanzierungsfunktion des Aktionärs	54
§ 6 Das Fragerecht zwischen Gesellschaftsrecht und Anlegerschutz	56
I. Die Ambivalenz des Auskunftsrechts als Regelungsproblem.....	57
II. Anlegerschutz im „eigentlichen“ Sinne?.....	58
III. Das Auskunftsrecht als Teil eines innergesellschaftlichen Anlegerschutzes	60
§ 7 Zwischenergebnis	61
3. KAPITEL: DAS VERHÄLTNIS DES FRAGERECHTS ZU ANDEREN MITGLIEDSCHAFTSRECHTEN	63
§ 8 Das Fragerecht als eigennütziges Recht.....	63
I. Begründung	64
II. Keine Zweckförderungspflicht der Aktionäre	65
III. „Sachfremde“ Erwägungen des Fragestellers	66
§ 9 Die Gegenüberstellung kollektiver und individueller Informationsrechte	67
I. Kollektive Informationspflichten.....	68
II. Individuelle Informationsrechte	68
III. Die einheitliche Theorie von der Mitgliedschaft	69
§ 10 Der Auskunftsanspruch als „Hilfsrecht“	71
I. Einordnung ohne praktische Relevanz?	72
II. Bezugspunkt der dienenden Natur - Meinungsstand	73
III. Die unterschiedlichen Ansichten im einzelnen.....	74
1. Auskunftsanspruch und Herrschaftsrechte	74
2. Vorbereitung der Anlageentscheidung	76

3. Auskunftsanspruch und Vermögensrechte des Aktionärs	79
§ 11 Die kapitalmarktbezogene Deutung des § 131	82
I. Die Ansicht Hopts	82
II. Konsequenzen.....	83
III. Die Hauptversammlungsöffentlichkeit: Zweckrichtung oder Rechtsreflex?	84
§ 12 Zwischenergebnis	87
4. KAPITEL: § 131 IM INFORMATIONSSYSTEM DER AG	89
§ 13 Der Auskunftsanspruch als versammlungsbezogenes Recht.....	89
I. Unterrichtung der Hauptversammlung durch den einzelnen Aktionär	89
1. Kein eigenes Auskunftsrecht der Hauptversammlung	89
2. Unterrichtung der Hauptversammlung als Regelungszweck des § 131?	91
3. Gleichbehandlung der Aktionäre bei der Erteilung von Auskünften.....	92
II. „Eigenes“ Interesse des Fragestellers an der Auskunft.....	94
1. Von der Ausübung des Stimmrechts ausgeschlossene Aktionäre	94
2. Auskunft über Umstände, die für die Meinungsbildung des Fragestellers unerheblich sind.....	96
a. Feststehendes Stimmverhalten eines Aktionärs	96
b. Fragen nach Tatsachen, die dem Fragesteller bereits bekannt sind	97
3. Das Verlassen der Hauptversammlung durch den Fragesteller.....	98
4. Zusammenfassung	99
III. Keine Abstufung des Informationsinteresses nach der Größe des Anteilsbesitzes.....	100
IV. Die Zuordnung der Informationsinitiative.....	102
1. Auskunftsanspruch ohne Auskunftsverlangen?.....	103
2. Auskunftspflichten bei Entscheidungen der Hauptversammlung gemäß § 119 Abs. 2	104
V. Der Auskunftsanspruch als Unterfall der Hauptversammlungspublizität	106
§ 14 Der Auskunftsanspruch als Kontrollrecht	107
I. Rechenschaftspflichten und Organisationsordnung der AG	108
1. Rechenschaftspflichten aus Fremdgeschäftsführung.....	108
2. Die ambivalente Funktion von Kontrollrechten	109
a. Der Vorzugsaktionär als <i>der Anlegeraktionär</i>	109
b. Exkurs: Das Auskunftsrecht des Genussscheininhabers	111
c. Kontrolle und Vermögensrechte	112

II. Auskunftsanspruch und Entscheidungsbefugnisse der Aktionäre	113
1. Einflußnahme auf die Geschäftsführung als Rechtsgrund von Informationspflichten	113
2. Auskunftsanspruch und Stimmrecht des Aktionärs.....	115
3. Die historische Entwicklung der Hauptversammlungspublizität	116
4. Die von den Anteilseignern ausgehende Kontrolle der Verwaltung	119
a. Kontrollrechte der Aktionäre	119
b. Die Effektivität des Auskunftsrechts als Kontrollrecht.....	120
III. Auskunftsanspruch und Rechnungslegung der Verwaltung.....	123
1. Der Zweck der Rechnungslegung in der AG	123
2. Ermittlung des Jahresüberschusses und mitgliedschaftlicher Gewinnanspruch.....	124
3. Die Entscheidung über die Gewinnverwendung	125
IV. Der verfassungsrechtliche Hintergrund des § 131.....	127
1. Aktieneigentum und Eigentumsgarantie.....	128
2. Verfassungsmäßigkeit des § 131 Abs. 1 S. 1	130
§ 15 Zwischenergebnis	134
5. KAPITEL: SPEZIELL GEREGLTE AUSKUNFTSRECHTE.....	137
§ 16 Auskunftsrechte in bestehenden Konzernen	137
§ 17 Informationsrechte bei Änderungen der Verfassungsstruktur der AG	138
I. Aktionärsinformation in drei Stufen.....	138
II. Die Abstimmung in der Hauptversammlung der aus einem Unternehmensvertrag verpflichteten, der einzugliedernden bzw. der übertragenden AG	140
1. Die Bedeutung der Abstimmung für den Kleinaktionär	140
2. Der Schutz der Minderheitsaktionäre in der Untergesellschaft.....	141
a. Entschädigung der Minderheitsaktionäre	142
b. Information zur Durchsetzung der Ansprüche.....	143
III. Die Abstimmung in der Hauptversammlung der aus einem Unter- nehmensvertrag berechtigten, der eingliedernden bzw. über- nehmenden AG	144
1. Die unbeschränkte Haftung gemäß §§ 302 Abs. 1, 322 Abs. 1.....	144
2. Die Beeinträchtigung der Vermögensrechte der Aktionäre	145
§ 18 Zwischenergebnis	147

6. KAPITEL: SCHRANKEN DES AUSKUNFTSRECHTS.....	151
 § 19 Auskunftsverweigerung gemäß § 131 Abs. 3 S. 1	151
I. Die Gründe für eine Auskunftsverweigerung.....	152
1. § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 1	152
a. Schädlichkeit der Auskunftserteilung	152
b. Darlegungslast	154
c. Der Einfluß gesetzlicher Offenlegungspflichten auf die Auslegung der Schutzklausel.....	155
2. § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 2	157
3. § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 und Nr. 4.....	161
a. Auskunftsverweigerung hinsichtlich stiller Reserven	161
b. Verfassungsmäßigkeit der Auskunftsverweigerungsrechte gemäß § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 und 4	162
c. Einschränkungen	167
4. § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 5	168
a. Auskunftsanspruch und insiderrechtliches Weitergabeverbot	169
b. ad-hoc-Publizität und Auskunftserteilung in der Haupt- versammlung	172
5. § 131 Abs. 3 S. 1 Nr. 6	174
II. Geltung des § 131 Abs. 3 für speziell geregelte Auskunftsrechte	176
 § 20 Mißbrauch des Auskunftsrechts.....	178
I. Auskunftsverweigerung wegen Mißbrauchs des Auskunftsanspruchs.....	178
II. Fallgruppen	180
1. Illoyale, grob eigennützige Rechtsausübung	180
a. Berücksichtigung der vom Aktionär mit seinem Auskunftsersuchen verfolgten Ziele?.....	181
b. Institutioneller und individueller Mißbrauch.....	183
2. Übermäßige Rechtsausübung	186
3. Widersprüchliches Verhalten des Aktionärs.....	188
 § 21 Zwischenergebnis	189
7. KAPITEL: ZUSAMMENFASSUNG	191
LITERATURVERZEICHNIS	197